

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

BAYMIRZA HAYIT

Ostturkestan

Machtkampf zwischen China und Rußland

1. Unsere Kenntnisse

Ostturkestan, seit 1877 in der chinesischen Terminologie als „Sinkiang“ (Neue Provinz) bezeichnet, mit einer Fläche von etwa 1 760 000 qkm und einer Bevölkerung von mehr als 8 Millionen, von den Gebirgen Karakorum, Tienschen, Tarbagatay und Altai umgeben, und von Sven Hedin „das Herz Asiens“ genannt, gewinnt unsere besondere Aufmerksamkeit in jüngster Zeit nicht nur deswegen, weil es ein bedeutendes Kulturland der Erde ist, sondern weil es zu einem Schnittpunkt der russischen und chinesischen Machtpolitik wurde. Ostturkestan steht seit der Antike im Mittelpunkt der geistigen und wirtschaftlichen Beziehung zwischen Morgen- und Abendland und trug zur Entwicklung der Weltkulturen in erheblichem Maße bei, wie dies von den abendländischen Asienforschern hinreichend gewürdigt wurde. In der jüngsten Zeit widmeten erneut mehrere namhafte europäische Forscher ihre Aufmerksamkeit der Entwicklung Ostturkestans.

So erinnern wir uns heute mit Dankbarkeit an die Werke von Albert von Lecoq: „Königlich preußische Turfan-Expeditionen“, Berlin 1916; „Die Brücke zwischen Hellenismus und dem Chinesentum“, Bielefeld – Berlin 1926; „Auf Hellas Spuren in Ostturkestan“, Leipzig 1926; „Von Land und Leuten in Ostturkestan“, Leipzig 1928; – Sven Hedin: „Im Herzen von Asien“, Leipzig 1929; „Die Flucht des großen Pferdes“, Leipzig 1936; – Sir Aurel Stain: „Memoir on Maps of Chinese Turkestan and Kansu“, Dehra-Dun 1923 (seine Ausgrabungsergebnisse in 6 Bänden) und anderer, aus denen wir die vergangenen Kulturwerte dieses Landes erkennen. – Der deutsche Orientalist Martin

Hartmann gab uns in seiner Schrift „Chinesisch-Turkestan, Geschichte und Verwaltung, Geistesleben und Wirtschaft“, Halle 1908, einen Überblick über die Entwicklung Ostturkestans zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Aus den bisher veröffentlichten Quellen sind wir in der Lage, uns ein Bild über die Kultur, die Sitten und Gebräuche sowie die geographische Lage des Landes zu machen. Dagegen erfahren wir über die politische Vergangenheit dieses Landes, den wechselhaften, ja sogar manchmal erschütternden Werdegang dieses Volkes, sehr wenig. Abgesehen von kleineren

Die Türken in Ostturkestan lebten als kleine Volksgruppe ständig unter dem Druck des bevölkerungsmäßig großen Chinesischen Reiches. Es war deutlich spürbar, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Chinesen ein Symptom in der Geschichte Ostturkestans und Chinas waren. Ostturkestan befand sich in der Zeit von 654 bis 699 unter der Herrschaft der Chinesen. Danach machte es sich selbständig bzw. lebte innerhalb des Türkischen oder Mongolischen Reiches. Im Jahre 1759 wurde Ostturkestan von China wieder erobert. Die Widerstand leistenden Turkestaner wurden hart bestraft. Wie der Kommandeur der chinesischen Truppen in Ostturkestan, Tschao-Hiu, im Jahre 1763 berichtete, wurden im Laufe von 3 Jahren (1760–1763) 1,2 Millionen Ostturkestaner erschossen und etwa 12 000 nach China verbannt.

und oft verwirrend wirkenden Schriften verfügen wir über keine einzige Abhandlung, aus der wir uns über alle aktuellen Fragen dieses „geheimnisvollen“, nach außen hin verschlossenen Landes orientieren können. Unsere bisherigen Erfahrungen und Kenntnisse über Ostturkestan führten uns jedoch zu der sicheren Annahme, daß dieses Land als Raum des Kräftespiels zwischen China und Rußland einerseits und als unruhiges Kolonialgebiet Chinas andererseits gilt, wobei die Ostturkestaner lediglich zu einem Opfer der politischen Spielarten von Russen und Chinesen wurden. Sie selbst wichen dabei, wie bisher feststellbar, von ihrer Forderung nach einer nationalen Freiheit nicht ab.

2. Historischer Überblick

Nach einer 60jährigen Ruhepause erhoben sich die Turkestaner erneut im Jahre 1819 gegen die Chinesen. Der Aufstand begann in der Stadt Utsch-Turfan. Die Chinesen blieben jedoch die Sieger. Im Jahre 1824 führten die Ostturkestaner unter der Führung von Dschahangir-Chodscha einen Aufstand gegen die Chinesen erfolgreich durch, wobei sie die Gebiete Kaschgar, Jarkend, Hotan und Aksu eroberten. Dschahangir-Chodscha wurde jedoch von den Chinesen gefangengenommen und im Jahre 1835 in Peking hingerichtet. Im Jahre 1845 konnte Mahmud Emin Katt-Tura, der Sohn von Dschahangir-Chodscha, Kaschgar besetzen, mußte sich jedoch im Jahre 1846 in das Fergana-Tal zurückziehen. In den Jahren 1855 bis 1857 führte der zweite Sohn Dschahangir-Chodschas, Veli-Chan Tura, den Kampf gegen die Chinesen weiter, doch war er nicht in der Lage, Ostturkestan zu befreien. Die danach folgenden Aufstände in den

Jahren 1862 bis 1864 in Ostturkestan führten aber zur Entstehung der nachstehenden fünf kleinen, selbständigen Staaten:

Am 20. 6. 1862 Urumtschi unter der Herrschaft von Davut Halfa;

im Dezember 1862 Ili-Tal unter der Herrschaft von Ala-Chan Sultan;

am 14. 2. 1864 Hotan unter der Herrschaft von Habibullah Hadschi;

am 12. 6. 1864 Kutscha unter der Herrschaft von Scheich Reschiddin-Chodscha;

Ende 1863 Jarkend unter der Herrschaft von Abdur-Rahman Hasrat.

Im Dezember 1864 wurde die Provinz Kaschgar unter der Führung von Sidik-Bek von den Chinesen befreit. Sidik-Bek nahm jedoch die Schutzherrschaft des Chanates von Kokand an. Der Chan von Kokand, Chudajar-Chan, schickte Buzruk-Chan, einer der Nachfolger des Herrschergeschlechts Appak-Chodscha in Ostturkestan, als Statthalter und Jakob-Bek als Befehlshaber der Truppen nach Kaschgar. Jakob-Bek war der Kommandant der Festung in Akmaschid in Westturkestan gewesen, die er in den Jahren 1852 bis 1853 mit Erfolg gegen die russischen Angriffe verteidigt hatte, doch zum Schluß aufgeben mußte. Er galt als einer der fähigsten Feldherren des Chans von Kokand. Nachdem Jakob-Bek bis 1864 in Westturkestan ständig im Kampf gegen die Russen stand und sich in Kaschgar als Befehlshaber der Truppen betätigt hatte, fühlte er sich berufen, die fünf kleinen Staaten Ostturkestans unter seiner Herrschaft zu vereinigen. So erklärte er sich im Jahre 1865 zum Herrscher von Ostturkestan und schickte den Staatshalter des Chans von Kokand in Kaschgar, Buzruk-Chan, nach Mekka. Bis 1868 gelang es ihm, einen großen Teil Ostturkestans unter seine Herrschaft zu bringen. Das Osmanische Reich (Sultan Abdul-Asis), Großbritannien und Rußland erkannten sogar die Unabhängigkeit Ostturkestans unter Jakob-Bek an.

Eine derartige Entwicklung in Ostturkestan war den Russen unsympathisch, denn die nationale Selbständigkeit Ostturkestans konnte sich auf Westturkestan, das von Rußland bis zum Siebenstromgebiet erobert worden war, auswirken. Rußland bemühte sich, seine bisherigen besetzten Gebiete an der Grenze Ostturkestans durch die Besetzung des Ili-Gebietes (Guldscha = Kuldscha) zu sichern. So eroberte es am 25. Juni 1871 dieses Gebiet in Ostturkestan. Der Herrscher des Ili-Staates, Ala-Chan Sultan, wurde von den Russen gefangengenommen und starb in Vernyj (Alma-Ata). Die Chinesen verhielten sich bei diesem Vorgehen der Russen abwartend, obwohl sie Ostturkestan als ihr Hoheitsgebiet betrachteten. Wahrscheinlich beabsichtigten sie, die wachsende Macht Jakob-Beks und gleichzeitig den Ili-Staat zu beseitigen. Erst im Jahre 1875 eroberten sie Urumtschi.

Jakob-Bek stand auf der einen Seite unter dem Druck der Russen und auf der anderen unter dem der Chinesen. Er beabsichtigte, das Ili-Gebiet seinem Erzfeind, dem Russen, vorläufig zu

überlassen und mit den Chinesen einen Friedensvertrag abzuschließen. Am 2. 6. 1876 wurde er jedoch vom Emir von Hotan, Nijaz Hakim, im Auftrag der Chinesen ermordet. Der Sohn Jakob-Beks, Hakkuli-Bek, versuchte den Chinesen Widerstand zu leisten. Als er mit seinen Truppen nach Hotan marschierte, um sich an Nijaz Hakim zu rächen, drangen die Chinesen in Kaschgar ein. Hakkuli-Bek mußte Kaschgar verteidigen. Die Schlacht um Kaschgar endete zugunsten der Chinesen, und am 15. 12. 1877 wurde durch die Wiedereroberung Kaschgars der Ostturkestanische Staat Jakob-Beks und seiner Nachfolger beendet. Nachdem die Chinesen ihre Herrschaft in Ostturkestan ausgedehnt hatten, begannen sie mit den Russen wegen des Ili-Gebietes zu verhandeln. Die Chinesen forderten die Anerkennung des Vertrages zwischen China und Rußland vom 14. 11. 1864, in dem die Grenzen beider Mächte festgelegt worden waren. Außerdem wollte England keinesfalls eine weitere Besitzergreifung Rußlands in Ostturkestan dulden. Da Rußland seine Eroberungsfeldzüge in Westturkestan noch nicht abgeschlossen hatte und sein nächstes Ziel das Vordringen bis zur afghanischen Grenze und zum Pamir-Gebirge war, gab es, um die Chinesen nicht als Feind im Rücken zu haben, das Ili-Gebiet im Jahre 1889 an die Chinesen zurück. Bis zur chinesischen Revolution im Jahre 1911 schien es so, als bestehe zwischen Rußland und China in der Frage Ostturkestans Übereinstimmung.

Während der Revolution in China im Jahre 1911 versuchten die Ostturkestaner erneut, ihr nationales Leben selbst zu bestimmen. Sie versuchten in Kaschgar und Guldscha nationale Regierungen zu bilden, wodurch die Russen sehr beunruhigt wurden. Rußland schickte daraufhin sofort eine Kosaken-Expedition nach Guldscha. Wie aus den damaligen russischen Dokumenten zu ersehen war, strebten die Russen zu jener Zeit danach, ganz Ostturkestan in ihren Besitz zu bringen. Diese Absicht Rußlands wurde jedoch durch das geschickte Handeln des britischen Generalkonsuls in Ostturkestan, Sir George Macartney, vereitelt. Am 6. 11. 1913 schlossen die Chinesen und Russen ein Abkommen, in dem

sie die Grenzlinien erneut festlegten. Durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges und schließlich durch die Revolutionen im Jahre 1917 war Rußland so sehr damit beschäftigt, seine Positionen im eigenen Machtbereich zu festigen, daß es sich um Ostturkestan kaum kümmern konnte. Erst im Jahre 1919 bemühte sich die Sowjetregierung, in Ostturkestan wenigstens handelspolitischen Einfluß zu gewinnen. Jedoch erst am 27. 5. 1920 schloß die Sowjetregierung Rußlands mit dem chinesischen Gouverneur Ostturkestans einen Handelsvertrag, in dem die Russen weitgehendes Handelsrecht in Ostturkestan erhielten.

Der Gouverneur von Ostturkestan, Jang Tsenhsin, der hier seit 1913 eine unumschränkte Macht ausübte, befand sich ständig unter dem Druck Rußlands und der Bevölkerung Ostturkestans, die jederzeit dazu fähig war, sich gegen die chinesische Herrschaft zu erheben. Er versuchte, jeglichen ausländischen Einfluß sowie auch die Bestimmungen seiner zentralen Regierung zu hemmen, doch war er nicht in der Lage, den wachsenden russischen Einfluß zu verhindern. Die Sowjetrussen unterhielten Konsulate in Kaschgar und Urumtschi sowie Handelsbüros mit konsularischem Recht in Altai, Tschugutschak und Ili (Guldscha). Es gelang den Russen, in Ostturkestan großen wirtschaftlichen Einfluß zu erreichen. So betrug z. B. der Export Ostturkestans in die Sowjetunion im Jahre 1932 10 647 000 Rupien (1 Rupie = 70 Kopeken) und nach China 1 939 850 Rupien. Dieser wirtschaftliche Einfluß Rußlands versetzte den mächtigen Gouverneur Jang Tseng-hsin in Unruhe, doch war er nicht in der Lage, sich gegen das sowjetische Vorgehen zu behaupten. Er wurde am 7. 7. 1928 ermordet. Die Beseitigung seiner Person kam Moskau zugute. An seine Stelle trat der Leiter der Inneren Angelegenheiten Ostturkestans, Tschin Schu-dschen. Er wurde zu einem brutalen Herrscher in Ostturkestan, unter dessen Herrschaftszeit viel Blut vergossen wurde. Der Gouverneur Tschin mußte gegen die aufständische Bevölkerung und gegen den verstärkten Einfluß der Sowjets kämpfen. Damit begann in der jüngsten Zeit Ostturkestans eine neue Periode des Rivalitätskampfes zwischen China und Rußland.

3. Die Erhebung der Turkestaner

Die chinesische Despotie in Ostturkestan, besonders unter Tschin, führte allmählich zur Wiederbelebung der Selbständigkeitsbestrebungen der Turkestaner. Ohnehin waren die Turkestaner immer wieder mit der Eigenart ihrer Lebensanschauungen, ihrem islamischen Glauben, ihren Sitten und Gebräuchen und ihrer türkischen Sprache ein gegensätzliches Element gegenüber den Chinesen gewesen. Ostturkestan war niemals unter der Herrschaft der Chinesen ein politisch ruhiges und zuverlässiges Land. Anlaß zu Unruhen war immer wieder ihr nationales Gefühl, das eine Selbstgestaltung ihres Landes an-

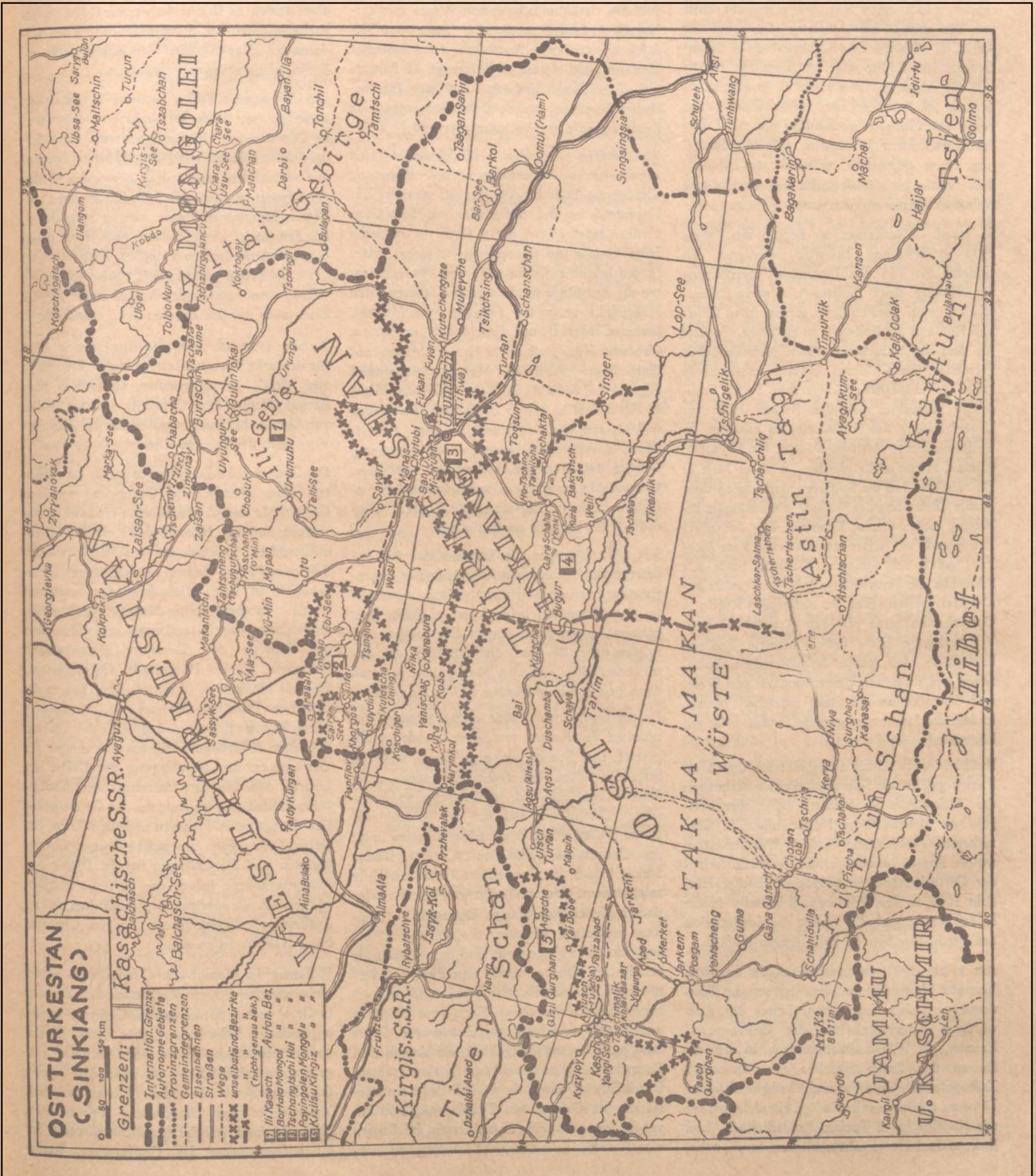
bungen ihrer „Neuen Provinz“ (Sinkiang) Ostturkestan bekannt. Obwohl die Chinesen die staatliche und militärische Führung des Landes hatten, lebten die chinesischen Kolonisten, Militär und Beamten von den Turkestanern isoliert. Die Turkestaner zahlten ihre Steuern und erfüllten ihre sonstigen Pflichten gegenüber den Chinesen, hatten jedoch weder politische noch gesellschaftliche Bindungen zu ihnen. Bei den Ostturkestanern war das eigene Nationalgefühl so stark ausgebildet, daß sie ihr Vertrauen in erster Linie ihren eigenen einflußreichen Persön-

lichkeiten schenkten. Die jüngste Geschichte Ostturkestans weist zahlreiche Beispiele auf, wonach ein kleiner Fehlgriff der Chinesen häufig größere und blutige, jedoch örtlich bedingte Zusammenstöße verursachte. Unter diesen Umständen fühlten sich die Chinesen in Ostturkestan niemals sicher. Außerdem zeigten die muslimischen Chinesen (Dunganen) wegen der gleich-

chen Religion eine natürliche Verbundenheit gegenüber den Ostturkestanern. Dies alles waren die Ursachen zum Ausbruch einer ganzen Welle von Aufständen gegen die Chinesen, die 1930 begannen. Anlaß hierzu gab der Gouverneur Tschin Schu-dschen, der in Kumul (Hami) eine Anzahl chinesischer Kolonisten angesiedelt hatte. Grundstücke der ansässigen

Bevölkerung wurden ohne irgendeine Entschädigung an chinesische Kolonisten abgegeben. Dies rief bei den Einheimischen eine tiefe Verbitte rung hervor.

Ein chinesischer Offizier hatte versucht, mit Gewalt die Tochter des einflußreichen Moslem Sahih Dorga zu heiraten. Dorga gab hierzu angeblich seine Zustimmung. Am Tage der Hoch-



zeit, im Frühjahr 1930, lud er zur Hochzeitsfeier etwa 50 Chinesen ein und ließ diese alle erschießen, und leitete damit einen Aufstand ein. Bald schlossen sich ihm die Nationalisten wie Chodscha Nijas-Hadschi, Sadik Kurmal und Abdi Nijasi an. Die Führung des Aufstandes übernahm Chodscha-Nijas-Hadschi. Tschin Schudschen bemühte sich, den Aufstand im Bezirk Kumul zu unterdrücken. Die Aufständischen errangen jedoch einen Sieg. Sie versuchten Hilfe von den chinesischen Moslems (Dunganen) in Kansu zu erhalten. Der hochbegabte Dunganen-General Ma Sching-jing, 23 Jahre alt, beeilte sich den Moslems seine Hilfe zu gewähren. Er begann im Frühjahr 1930 seine Operationen gegen die Chinesen und führte sie mit Erfolg durch. Historiker bestätigen, daß Ma Sching-jing einen türkischen Militärberater, Kemal-Bey, besaß, der die deutsche und französische Militärakademie besucht hatte.

So stand Ostturkestan zu Beginn des Jahres 1931 in Flammen. Es wird behauptet, daß General Ma von den Japanern Unterstützung zur Bildung eines Zentral-Asiatischen Islamischen Staates erhalten habe, um zwischen China und Rußland ein Bollwerk zu errichten. General Ma und die ostturkestanischen Aufständischen versetzten die Chinesen in eine aussichtslose Lage. Der chinesische Gouverneur Tschin Schudschen versuchte, von den Russen Hilfe zur Unterdrückung des Aufstandes zu erhalten. Er wollte an die sowjetische Zusage, ihn zu unterstützen, zuerst nicht glauben, denn er hielt es für möglich, daß die Sowjets entsprechend ihrer Parole „Befreiung der Völker“ die nationale Erhebung unterstützen könnten. Ein derartiges Hilfsersuchen von Seiten der Chinesen kam Moskau jedoch sehr gelegen. Rußland hatte mit Schrecken die Entwicklung in Ostturkestan beobachtet, weil ein Sieg der nationalen Kräfte in Ostturkestan seine direkten Auswirkungen in Westturkestan hätte haben können. Rußland befürchtete, daß wegen der völkischen, kulturellen und religiösen Gemeinsamkeit von West- und Ostturkestan ein Staat entstehen könnte, in dem die Japaner zu großem Einfluß gelangen könnten.

Rußland sagte China seine Hilfsleistungen im Kampf gegen die Selbständigkeitsbestrebungen der Turkestaner zu, forderte dafür aber weitgehende wirtschaftliche Konzessionen in Ostturkestan. Andererseits wurde in Westturkestan, wo die Russen herrschten, der nationale Kampf der Ostturkestaner in propagandistischer Hinsicht stark in den Vordergrund gestellt, indem betont wurde, daß die Völker der Sowjetunion den Freiheitssuchenden Hilfe leisten müßten.

Am 1. 10. 1931 unterzeichneten der russische Vertreter Slawutskij und der Vertreter des Gouverneurs, Tschin Tschischan, Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten der Gouverneurskanzlei, ein Wirtschaftsabkommen, in dem die Russen das Recht erhielten, in Urumtschi, Tschugutschak, Guldscha und Kaschgar Handelsbüros zu eröffnen, selbständige Handelsverträge mit Kaufleuten in Turfan, Karaschahar, Aksu, Jarkend und Hotan abzuschließen sowie unbe-

schränkte Handelsfreiheit für die sowjetischen „Kaufleute“ in Ostturkestan. Es wurden ferner Funkverkehr zwischen Ostturkestan und der SU hergestellt und Zollvergünstigungen vereinbart. Dem Gouverneur Tschin ging es nur darum, von den Sowjets Waffen und Soldaten in seiner verzweiferten Lage zu erhalten. Tatsächlich kam auch Hilfe von Seiten der Russen. Sie stellten im Jahre 1933 dem Gouverneur 10 000 Soldaten der Mandschurischen Armee zur Verfügung. Außerdem schickten sie etwa 7000 Soldaten mit moderner Ausrüstung in chinesischer Uniform und lieferten 20 Flugzeuge, 11 Panzerwagen, 30 Panzer und 500 Lastwagen. Ein russisches Regiment wurde dem Gouverneur für Reservezwecke zur Verfügung gestellt.

Von diesen russischen Hilfsleistungen und wirtschaftlichen Abmachungen hat die Regierung Chinas angeblich bis 1933 nichts gewußt. Zur Unterdrückung des Aufstandes war dem Gouverneur jedes Mittel recht. Doch die russische Hilfe konnte die Chinesen nicht mehr retten. In den Jahren zwischen 1931 und 1933 erreichten die Aufstände in allen großen Städten ihren Höhepunkt unter der Führung von Maksud, Mahmut, Mevsul und Hamidullah in Turfan, Chodscha-Nijas-Hadschi in Kumul, Muhammed Emin Bugra, Abdullah, Mahmut Muhammed Nijas Alem, Sabit Abdul-Baky (Sabit Damullah) in Hotan und in dessen Umgebung, Temur-Beg und Osman Oras in Kaschgar sowie Scherif-Chan in Altai. Sie besetzten alle genannten Gebiete. Die Russen bemühten sich vor allem, General Ma zu schlagen und spielten den ostturkestanischen Aufständischen-Führer Chodscha-Nijas-Hadschi gegen ihn aus.

Seit 1932 kämpften die Truppen Mas und anderer ostturkestanischer Aufständischer gegeneinander, weil gegenseitiges Mißtrauen herrschte, doch kämpften beide Lager zugleich, aber getrennt, gegen die Chinesen. Die Sowjets verfolgten dabei das Ziel, erst mit Hilfe der ostturkestanischen Rebellen Ma zu besiegen und dann gegen die nationalen Kräfte vorzugehen.

Da der Gouverneur Tschin eigenmächtige Operationen der Russen verzögerte, wurde er abgesetzt. Den Russen war es gelungen, während ihrer Hilfsaktion ihre eigenen Vertrauten, unter ihnen Scheng Schi-tsai, in Ostturkestan einzusetzen. Scheng war Mitglied der KPdSU und wurde Stabschef der chinesischen Truppen unter dem Gouverneur Tschin. Am 12. 4. 1933 stürzte Scheng jedoch den Gouverneur Tschin mit Hilfe sowjetischer Soldaten. Tschin wurde vom sowjetischen Generalkonsulat in Urumtschi in Empfang genommen und über die SU nach China geschickt. Der Kommunist und treue Anhänger der Russen Scheng wurde daraufhin Gouverneur und Kommandeur der Truppen. Die Regierung Chinas nahm diesen Vorfall zur Kenntnis und bestätigte Scheng als Gouverneur. Somit fanden die Russen Gelegenheit, ihr Vorgehen in Ostturkestan ganz ihren Wünschen anzupassen. Durch Scheng wurde ihr Einfluß bedeutend gestärkt. Als General Ma Tschung-jing 200 km vor Urumtschi stand, organisierten die Russen eine Revolte in Ili unter der Führung des Gar-

nisonskommandanten Tschang Pei Juan. Er marschierte mit seinen 3000 chinesischen Soldaten und mit russischen Waffen nach Guldscha. Scheng fühlte sich nun von drei Seiten bedroht, von den Ostturkestanern, den Dunganen (General Ma) und Tschang. Dies veranlaßte ihn, die Russen um verstärkte Hilfe zu bitten. Ende 1933 sagte der russische Militärberater, General Pagodin, seine Hilfe zu, und bereits am 20. 1. 1934 trafen in Urumtschi weitere 7000 sowjetische Soldaten ein, die zusammen mit den Soldaten des „Kapitalismus“ den Kampf gegen die Freiheitsbestrebungen aufnahmen.

Der Gouverneur Tschin hatte im übrigen 1931 veranlaßt, mit Hilfe der russischen Emigranten in Ostturkestan ein Regiment von 1800 Soldaten unter der Führung des Obersten Pappengut aufzustellen, was jedoch gegen den Willen der Sowjets geschah. Als Sven Hedin einen russischen Emigranten fragte, wie es möglich sei, mit den sowjetischen Soldaten gemeinsam gegen die Aufständischen zu kämpfen, antwortete er: „Wir haben ein gleiches Ziel.“ Also spielte die Würde eines kämpfenden Volkes weder auf der einen noch auf der anderen Seite eine Rolle.

Anfang 1934 schickten die Russen eine 3000 Mann starke Panzereinheit, genannt „Freiwillige aus Altai“, in chinesischen Uniformen nach Kumul (Hami), eine Ortschaft 500 km östlich von Urumtschi, und kontrollierten die Zugangswege nach der Provinz Kansu.

Der Gouverneur Scheng bemühte sich inzwischen mit allen Mitteln, die Gegensätze zwischen General Ma und Chodscha Nijas-Hadschi zu verstärken und bot Nijas-Hadschi einen Waffenstillstand an. So wurde am 9. 6. 1933 zwischen Scheng und Nijas-Hadschi ein Abkommen unterzeichnet, in dem u. a. folgendes vereinbart wurde: Chodscha Nijas-Hadschi wird stellv. Gouverneur von Ostturkestan und Oberhaupt des Südteils des Tienschen-Gebirgsraumes; Urumtschi bleibt Hauptstadt Ostturkestans; General Mahmud wird militärischer Führer des südlichen Tienschen-Gebietes; die Verwaltung dieses Raumes liegt in den Händen der Türken; alle dort entstehenden Kosten übernimmt der Gouverneur; die Zerschlagung der Kräfte des General Ma, die von Urumtschi aus durchgeführt werden soll, ist Aufgabe des Gouverneurs. Ein derartiges Abkommen rief den Zorn von General Ma gegen die aufständischen Ostturkestaner und die Chinesen hervor. Dieses Abkommen konnte jedoch gar nicht verwirklicht werden, da die übrigen aufständischen Führer Turkestans scharfen Protest gegen Chodscha Nijas-Hadschi erhoben.

Während der Kampf um Ostturkestan weiter andauerte, versuchten die Russen ihre Position in Ostturkestan zu verstärken. General Pagodin organisierte Sicherheitstruppen, und überall wurden sowjetische Berater oder Verwalter eingesetzt, so z. B. Malikow als politischer Berater des Gouverneurs, Abdullah (Westturkestaner), Vorsitzender des Uigurischen Kulturvereins, Hutna-Dschank aus der Mandschurei, Leiter des Finanzdepartments des Gouverneurs, Kadir-

Hadschi, Leiter des Staatssicherheitsdienstes in Kaschgar, Wan-Ming, Vorsitzender der Justizverwaltung Kaschgars usw. Im Regierungsapparat in Urumtschi wirkten mehr als 50 sowjetische „Ratgeber“ mit. Zugleich wurde Urumtschi sowjetisches Verbindungszentrum zu den chinesischen Kommunisten.

Die Sowjets sowie die Chinesen waren bestrebt, General Ma unschädlich zu machen. Mitte 1934 gelang es ihnen endlich, ihn gefangen zu nehmen. Am 16. 7. 1934 wurde er in Ergascha-Tam an die Sowjetunion ausgeliefert.

Die Nationalisten dagegen, die in Kaschgar und Hotan ihre Positionen behaupten konnten, riefen am 12. 11. 1933 in Kaschgar die „Islamische Republik Ostturkestan“ aus und bildeten aus folgenden Persönlichkeiten eine Regierung:

Chodscha Nijas-Hadschi

(Präsident der Republik u. Oberbefehlshaber);

Sabit Abdul-Baky

(Ministerpräsident);

Muhammed Kasim-Chan Hadschi

(Außenminister);

Sarif Qary

(Justizminister);

Junus-Bek Said-Zada

(Innenminister);

Abdullah Ischan Chodscha Chany

(Gesundheitsminister);

Sultan-Bek Bachtijar-Bek

(Verteidigungsminister u. stellv. Oberbefehlshaber);

Abdul-Karim-Chan Machdum

(Erziehungsminister);

Ali Achund-Bay

(Finanzminister);

Schamsaldin Turdi Hadschi

(Minister für religiöse Stiftungen);

Satik-Bek Insanaldin-Zada

(Handelsminister);

Nur Achmed

(Emir von Hotan);

Abdullah Damlah

(Minister der Verbindungen [Post, Straßen]);

Tahir-Bek

(Präsident der Nationalversammlung);

Sufi-Zada

(Sekretär der Nationalversammlung [Parlament]).

Die Ausrufung der Republik Ostturkestan versetzte die Russen mehr in Aufregung als die Chinesen. Nun mußten die Russen von sich aus dem Staatspräsidenten Chodscha Nijas-Hadschi ein „Hilfs- und Friedensangebot“ machen. Die Sowjets empfangen in Taschkent eine Delegation der Republik, die Waffen kaufen wollte. Sie lieferten sofort an den Staatspräsidenten 1200 Geschütze und versprachen ihm, noch weitere 10 000 Maschinengewehre und Geschütze zu verkaufen, wofür sie auch 50 kg Gold als Vorauszahlung erhielten. Der Staatspräsident betrachtete diesen Handel als rein geschäftliche Angelegenheit, ohne zu ahnen, daß hinter dem Waffengeschäft ein politisches Interesse der Sowjets verborgen lag. Die Sowjets lockten den

Staatspräsidenten zu einer persönlichen Rücksprache mit „höheren Persönlichkeiten der SU“ nach Ergasch-Tam, einem Ort auf sowjetischem Territorium zwischen Andidschan und Kaschgar. Dort unterzeichnete er einen Vertrag mit der SU. Der Staatspräsident teilte am 2. 2. 1934 dem Ministerpräsidenten Sabit Abdul-Baky mit, daß er einen Vertrag mit der SU abgeschlossen habe, der folgenden Inhalt habe:

1. Ch. N. Hadschi verpflichtet sich, Ostturkestan von China loszulösen und dem Protektorat der SU zu unterstellen.
2. Er wird die Regierung der Republik auflösen und die Regierung Schengs in Urumtschi anerkennen.
3. Nach Verzicht auf sein augenblickliches Amt wird Ch. N. Hadschi auf lebenslänglich zum stellv. Gouverneur ernannt.
4. Er wird die nationalen Streitkräfte entwaffnen.
5. Um einen Zugang zu den chinesischen und russischen Truppen von Urumtschi nach Alti-Schahar zu ermöglichen, werden die nationalen Einheiten Mahmud Sidschangs unter das Kommando der Kriegsführung von Urumtschi gestellt.
6. Der Vertrag über die Rückführung der Mandschurischen Soldaten aus der SU nach Ostturkestan zwischen dem Gouverneur Tschin und der SU bleibt rechtskräftig.
7. Alle ausländischen Militärberater, die im Dienst der Republik standen, werden sofort entlassen und aus Ostturkestan ausgewiesen.
8. Die Sowjetregierung wird für den Aufbau Ostturkestans Hilfe gewähren.
9. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, Ostturkestan gegen die Angriffe Chinas, der Mandschurei oder sonstiger Mächte zu schützen.
10. Die UdSSR wird nach Wiederherstellung der früheren Ordnung in Turkestan eine reguläre moderne Armee organisieren.
11. Die Sowjetregierung wird für diese Armee Waffen liefern und Ausbildungspersonal schicken.
12. Zwischen der Regierung in Urumtschi und der SU wird im Hinblick auf die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein besonderer Vertrag abgeschlossen.

Am 2. 3. 1934 trat das Kabinett zusammen, an dem 11 Minister, an deren Spitze der Ministerpräsident Abdul-Baky, teilnahmen, um diesen „Vertrag“ zu besprechen. Das Kabinett lehnte diesen zwischen dem Staatspräsidenten und der SU geschlossenen Vertrag kategorisch ab und bezeichnete ihn als verfassungswidrig und die eigenmächtige Handlung Ch. N. Hadschis als Verrat. Man beschloß, am 10. 3. 1934 die Nationalversammlung einzuberufen, um die Fragen des Vertrages und das verräterische Verhalten des Staatspräsidenten zu besprechen. Außerdem wurde betont, daß Ostturkestan, nachdem es durch blutige Kämpfe seine Freiheit erlangt habe, sich nicht wieder einer anderen Macht, wie z. B. Rußland, unterstellen wolle.

Als Ch. N. Hadschi über diesen Beschluß des Kabinetts unterrichtet wurde, ließ er sogleich die gesamten Regierungsmitglieder verhaften. Nur der Verteidigungsminister Sultan-Bek Bachtijar-Bek und der Außenminister M. Kasim-Chan waren in der Lage zu fliehen. Die Festgenommenen wurden mit dem nationalen Gouverneur von Ili, Aksu, Tschugutschak und Altai sowie anderen maßgebenden Beamten der nationalen Regierung nach Urumtschi verschickt und im Juli 1934 hier aufgehängt. Auch Ch. N. Hadschi wurde nach der Verhaftung seiner Regierungsmitglieder festgenommen und dann zusammen mit ihnen hingerichtet. Die Russen und Chinesen hatten somit ihre Rolle in Ostturkestan ausgezeichnet gespielt. Anschließend gelang es ihnen auch, dort alle restlichen aufständischen Kräfte zu zerschlagen.

Die gemeinsame Aktion der Sowjets und Chinesen, an der Spitze Scheng, öffnete nun den Sowjets das Tor für ihre kommunistische Infiltration in Ostturkestan. Die Sowjets konnten hier jetzt ungehindert ihre eigene Politik treiben, und ihr ganzes Streben ging vor allem dahin, Ostturkestan wirtschaftlich auszubeuten. Ihre diesbezüglichen Bemühungen erreichten ihren Höhepunkt, als am 26. 11. 1940 ein Abkommen zwischen der „Regierung Sinkiangs und der UdSSR“ abgeschlossen wurde. Damit erhielten die Sowjets volle Freiheit zur Erforschung und zum Abbau der Bodenschätze. Der Gouverneur Scheng berichtete wohl zu einem späteren Zeitpunkt einmal, daß er von den Sowjets zu einem solchen Abkommen gezwungen worden war. Er schrieb an Tschiang Kai-schek u. a.: „Damals entstand gerade der Altai-Aufstand ... Ich verlangte, die Ausbeutung der Zinnvorkommen solle einer Sinkiang-Sowjetischen Gesellschaft übertragen werden. Darauf erwiderte der Unterhändler (der Sowjets), ich müsse erstens bedenken, daß ich Mitglied der KPdSU sei, und zweitens, daß während des Moslem-Aufstandes unter Ma Tschung-jing sehr viel sowjetisches Blut in Sinkiang vergossen worden sei, für das Sowjetrußland bis jetzt noch keine Kompensationen erhalten habe.“

Hierzu kann nur bemerkt werden, daß Scheng selbst die Sowjetrussen nach Ostturkestan geholt hatte, wie an dieser Stelle bereits erwähnt wurde, weil er Mitglied der KPdSU war und Angst vor der nationalen Erhebung hatte. Es ist möglich, daß von sowjetischer Seite ein gewisser Druck auf ihn ausgeübt wurde. Er hatte ständig über die Verwirklichung von „Sechs Wegen“ in Sinkiang gesprochen. Diese waren:

1. Kampf gegen den Imperialismus
2. Ewige Freundschaft mit der Sowjetunion
3. Verteidigung des Friedens
4. Gleiches Recht für alle Völker
5. Permanenter Kampf gegen die Korruption
6. Schaffung eines neuen Sinkiang.

Diese seine „Sechs Wege“ waren das Leitmotiv für seine Handlungen, die von den Sowjets durchaus begrüßt und unterstützt wurden. Scheng veranlaßte die Gründung einer „Anti-imperialistischen Gesellschaft“ (Pen Die Hui),

die zum Zentrum der kommunistischen Propaganda wurde. Besondere Rache übte er an der Bevölkerung Ostturkestans, die die nationale Erhebung in den Jahren 1930 bis 1934 unterstützt hatte. Es erfolgten Verhaftungen, Erschießungen und Verbannungen von sogenannten „unzuverlässigen Elementen“ unter dem Vorwand, daß diese Spione, Saboteure, Feinde usw. seien. Ein ordentliches Gericht gab es jedoch nicht. Alleinige Befehlshaber der Brutalitätspolitik waren nur zwei Personen: Gouverneur Scheng und der russische General Pagodin. Eine solche Despotie trug zur Entstehung eines neuen Aufstandes bei, dem allerdings eine Fluchtbewegung von Ostturkestan nach Indien vorausging. Im Jahre 1937 hatten ca. 20 000 Kasachen Ostturkestan in Richtung Indien verlassen, die jedoch ständig von den chinesischen und russischen Soldaten angegriffen wurden. Dies brachte große Verluste für sie mit sich, so daß aus dieser Gruppe nur etwa 1000 Personen Indien erreichten.

Diejenigen aber, die in ihrer Heimat zurückgeblieben waren, bereiteten einen neuen Aufstand vor. Ihr Schlagwort lautete diesmal: „Es ist besser, für die Freiheit zu sterben, als unter-

drückt zu leben.“ So begann Anfang 1938 ein Aufstand unter der Führung Iljas-Chan, dem sich Sultan Scharif Timi, Hussein Tajtschi, Nur-Ali aus der Umgebung von Kansu und Abdu-Nijas aus Jarkend anschlossen. Der Gouverneur Scheng erhielt auch diesmal von den Russen großzügige Hilfe wie Flugzeuge, Panzer und Lastwagen. Die sowjetischen Soldaten wurden unverzüglich gegen die Aufständischen eingesetzt, die unter der Führung von Abdu Nijas standen. Abdu Nijas geriet in Gefangenschaft und wurde erschossen. Ende 1938 wurden alle Aufstände niedergeschlagen. Mehr als 80 000 Turkestaner, die sich an den Aufständen beteiligt hatten oder mit ihnen sympathisierten, wurden zum Tode verurteilt. Der Polizeichef von Kaschgar, Mawlanow (aus der SU), ließ an einem einzigen Tage allein 600 Menschen erschießen. Außerdem wurden mehr als 300 000 Turkestaner verhaftet, und das Vermögen von mehr als 10 000 Familien wurde beschlagnahmt.

Es hatte somit den Anschein, als ob in Ostturkestan die chinesische und russische Herrschaft sichergestellt worden war. Doch die folgenden Ereignisse sollten ein ganz anderes Bild ergeben, als es sich die Beherrscher des Landes damals gemacht hatten.

4. Ausdehnung des Kommunismus in Ostturkestan

Wie bereits erwähnt, blieben die sowjetischen Kräfte (Militär, Berater, Wirtschaftsleute, Spione, Propagandisten), die als Hilfe zur Niederschlagung der nationalen Erhebung von den Chinesen herangeholt worden waren, von 1933 bis 1943 in Ostturkestan. Sie wurden zu aktiven Teilnehmern an der chinesischen Herrschaft in diesem Raum. Die Zentralregierung unter Tschiang Kai-schek wußte wohl um diese Machtkonzentration der Sowjets, doch war sie anscheinend nicht in der Lage, dagegen anzugehen. Es ist den Sowjets gelungen, von hier aus die kommunistische Bewegung in China zu unterstützen. Die sechs Landwege zwischen Westturkestan (SU) und Ostturkestan (China) (Andidschan — Ergasch — Tam — Kaschgar, 554 km; Pischpek — Kaschgar, 683 km; Pischpek — Alma-Ata — Guldscha, 854 km; Semipalatinsk — Tschugutschak, 640 km; Sajsan — Sarasumbe, 256 km; Sajsan — Tschugutschak, 640 km) und zwei Wasserwege (Kara — Irtysch und Ili) ermöglichten einen ungehinderten Verkehr. Außerdem erweiterten die Sowjets den Flughafen von Urumtschi und verfügten über einen gut funktionierenden Funkverkehr. Somit war der regelmäßige materielle Nachschub aus der SU gesichert. Der Gouverneur Scheng war selbst einer der Verbindungsmänner zur chinesischen Kommunisten-Führung. In Ostturkestan gab es entsprechende maßgebende Funktionäre der KPCh wie Tschien Tan-tsu, Mao Tse-min (Bruder von Mao Tse-tung) und andere. Die Sowjets errichteten somit eine Art Festung des Kommunismus in Ostturkestan, eine „Festung“, die für die Ausdehnung des Kommunismus in China eine klassische Rolle spielte.

Bereits in den Jahren 1938/39 wurde in den Schulen Ostturkestans die Lehre des Marxismus-Leninismus als Unterrichtsgrundlage aufgenommen. Die Schüler mußten Russisch und Chinesisch lernen, und alle klassischen nationalen Werke wurden von den Sowjets und Chinesen beschlagnahmt.

Im Jahre 1938 bauten die Russen in der Umgebung von Urumtschi ein Flugzeugwerk, das im entscheidenden Machtkampf der chinesischen Kommunisten eine besondere Rolle spielte.

Die Sowjets wirkten in Ostturkestan aus zwei Richtungen, und zwar aus Urumtschi und aus Altai. Urumtschi wurde bereits mit der Machtergreifung Schengs zum Zentrum des Kommunismus, während Altai den Sowjets weniger Gelegenheit zu ungestörter Tätigkeit bot. Die einheimischen Nationalisten versuchten, Altai zu ihrem Ausgangspunkt zu machen. So organisierten sie noch im Jahre 1936 unter der Führung von Junus-Hadschi eine „Gesellschaft zur Verteidigung der Nation“ (Uluttu Korgav Ujumu). Dieser Organisation gehörten so maßgebende Turkestaner wie Kadschen, Sattar-Chan, Ali-Akber aus Urumtschi, Jusuf Akurday, Omer Salin, Nurtese, Mirsa Salih aus dem Tarbugatay-Bezirk, Dschayir-Bek und Kanat-Bek aus dem Ili-Bezirk an.

Scheng erfuhr zwar davon, daß von einer Organisation ein großer Aufstand vorbereitet wurde, aber er war nicht in der Lage, diese Organisation zu liquidieren. Er mußte also eine besondere Taktik anwenden. So lud er Anfang 1940 350 Persönlichkeiten aus Altai nach Urumtschi ein, um angeblich die künftige Gestaltung des

Altai-Gebietes mit ihnen zu beraten. Nachdem die Geladenen in Urumtschi eingetroffen waren, wurden sie alle verhaftet. Dieses Vorgehen des Gouverneurs veranlaßte den Altai-Führer, so schnell wie möglich zu den Waffen zu greifen, und so begann im Februar 1940 der Aufstand in Altai unter der Führung von Nogajbaj. Am 16. 3. 1940 griffen die vereinigten chinesischen, russischen und mongolischen Kräfte das Hauptquartier der Aufständischen an und fügten den Turkestanern große Verluste zu. Unter den Gefallenen befand sich auch Nogajbaj. An seiner Stelle übernahm Iris-Chan die Führung des Aufstandes. Am 20. 4. 1940 wurden die Aufständischen von 8000 Soldaten und 6 Flugzeugen angegriffen. Die Aufständischen gingen zum Gegenangriff über, und diesmal mußten sich die kommunistischen Soldaten mit großen Verlusten zurückziehen. Scheng mußte die in Urumtschi verhafteten einflußreichen Turkestaner wieder freilassen. Zur gleichen Zeit schickte er seinen Mitarbeiter Schu Ting-jang (Leiter des Finanzdepartments) nach Altai, um mit den Aufständischen ein Waffenstillstands-Abkommen zu schließen. Schu teilte Iris-Chan mit, daß sein Gouverneur bereit sei, die Bedingungen der Aufständischen anzunehmen, wenn sie ihre Waffen abliefern. Iris-Chan stellte folgende Bedingungen auf:

1. Alle verhafteten Personen, die aus Altai und anderen Gebieten Ostturkestans stammen, müssen freigelassen werden.
2. Im Altai-Gebiet soll die Verwaltung in die Hände der Kasachen gelegt werden.
3. Die Ausbeutung der Bodenschätze in Altai durch die Russen soll verboten werden, und die Russen sollen Ostturkestan verlassen.
4. Beendigung der heimlichen Liquidierung von Personen.
5. Diejenigen, die ihre Waffen abliefern, sollen nicht verfolgt werden.

Nachdem diese Bedingungen angenommen waren, wurde am 15. 5. 1940 das Waffenstillstands-Abkommen unterzeichnet. Viele Aufständische lieferten ihre Waffen ab, doch einer ihrer Führer, Usman Islam (später Usman Batur), war mit einem solchen Abkommen nicht einverstanden und untersagte seinen Leuten die Ablieferung ihrer Waffen.

Am 5. 7. 1940 erteilte Scheng den Russen wieder die Erlaubnis, die Bodenschätze in Altai weiter auszubeuten. Dieser Vertragsbruch Schengs ließ den Aufstand aufs neue entflammen, und zwar diesmal unter der Führung von Usman Batur. Am 10. 5. 1941 wurden auf seine Veranlassung mehrere Russen, die in Altai tätig waren, erschossen. Die Chinesen und Russen versuchten nun mit allen Kräften, diesen Aufstand niederzuschlagen, aber ohne Erfolg.

Im Oktober 1941 begannen die Chinesen Friedensverhandlungen mit Usman Batur aufzunehmen. Unter den chinesischen Delegierten, die zu Usman Batur kamen, befand sich auch der einflußreiche Turkestaner Dschanim-Chan Hadschi. Batur lehnte das Friedensangebot jedoch mit der Begründung ab, daß die Chinesen und

Russen sich doch an keine Abmachungen hielten. Dschanim-Chan Hadschi gelang es jedoch, ihn umzustimmen, und wies darauf hin, daß der Winter bevorstünde und er dafür bürgte, daß er diesmal nicht betrogen würde. So wurde vereinbart, daß 17 Personen zu Friedensverhandlungen nach Urumtschi entsendet werden sollten. Diese trafen auch bald darauf auf dem Flugplatz von Urumtschi ein und wurden sofort verhaftet. Dies ließ den Aufstand von neuem aufleben.

Da die Russen zu diesem Zeitpunkt gegen Deutschland im Krieg standen, wollten sie sich in Ostturkestan nicht zu sehr binden lassen. Die Regierung Chinas drängte auch dazu, daß die Sowjetregierung wegen Konzessionen in Ostturkestan direkt mit der Zentralregierung verhandeln müsse. Am 20. 8. 1942 sagte der Außenminister der SU, Molotow, eine Verhandlung zu. Am 10. 3. 1943 teilte der sowjetische Generalkonsul Scheng in Urumtschi mit, daß die Arbeiten in den Zinngruben eingestellt und die Erdölbohrungen aufgegeben würden. Die in Hami stationierten Sowjetregimenter wurden in die Mongolische Volksrepublik verlegt, und Handelsorganisationen wurden sofort aufgelöst.

Zu dieser Zeit verschwanden tatsächlich die Russen aus Ostturkestan, ließen aber eine kleine Schar von Vertrauensmännern zurück. Ein derartiger Entschluß der Russen versetzte Scheng in Panikstimmung. Er wußte nun nicht, wie er sich als Herrscher in Sinkiang behaupten sollte. Zorn gegen die Sowjets begann in ihm aufzusteigen, denn er fühlte sich, nachdem er so lange im Namen Chinas für Moskau tätig war, verraten und verlassen. Endlich wandte er sich an Tschiang Kai-schek und bekannte, daß er aus „ideellen Gründen als Kommunist“ für die SU gearbeitet habe, und entschuldigte sich dafür. Der schwache Führer Chinas, Tschiang Kai-schek, berief ihn im Juli 1944 nach Tschinking, nachdem der Gouverneur innerhalb von 12 Jahren ausreichend Gelegenheit hatte, so viele Mißstände in Ostturkestan zu verursachen. Scheng ist zur Zeit im Kabinett National-Chinas in Formosa als Landwirtschaftsminister tätig. Es scheint so, als habe er sich vor seiner Regierung damit rehabilitiert, daß er während des plötzlichen Rückzuges der Russen aus Ostturkestan Kommunisten verhaften ließ. Andererseits hat er aber dem Kommunismus in China einen großen Dienst erwiesen, indem die Kommunisten unter seinem Schutz überall ihren Einfluß stabilisieren konnten. Auf diese Weise brachte Schengs Verhalten nicht nur für die National-Chinesen, sondern in erster Linie für Ostturkestan unheilbare Folgen mit sich, weil ohne seine Hilfe und Mitwirkung die Kommunisten dort niemals so leicht zur Macht gekommen wären.

Die Regierung in China versuchte, die verwirrenden Zustände in Ostturkestan mit Hilfe des an Stelle von Scheng neu ernannten Gouverneurs, U Dschung-schin, und des Truppenkommandeurs Tschu Schao-liang zu beenden. Doch diese Änderung der Personalpolitik Chinas in Ostturkestan bedeutete nicht seine Ret-

tung vor dem Kommunismus. Auch der Aufstand der Bevölkerung ging weiter.

Der Führer der aufständischen Bevölkerung von Altai, Usman Batur, verpflichtete sich im Juli 1944, der Mongolei Vieh zu liefern und Weideland zur Verfügung zu stellen, wenn er als Gegenleistung Waffen bekäme. Diese gegenseitigen Abmachungen wurden auch verwirklicht, doch stellte die Mongolei die zusätzliche Forderung auf, für eine größere Waffenlieferung die Bodenschätze Altais ausnutzen zu dürfen. Diese Forderung lehnte Usman Batur jedoch ab, und somit endete die bereits begonnene Waffenlieferung Ende 1944.

Während Usman Batur in Altai seinen Aufstand fortsetzte, begann im Juli 1944 im Ili-Gebiet (in Guldscha) ein neuer Aufstand gegen die Chinesen unter der Führung von Ali-Chan-Tura. Die Russen boten Tura ihre Hilfe an, die dieser jedoch ablehnte. Die Aufständischen in Ili riefen am 7. 8. 1944 die Republik Ostturkestan ins Leben, und Ali-Chan-Tura wurde zum Staatspräsidenten gewählt. Usman Batur stellte sich dieser Republik zur Verfügung. Die Streitkräfte dieser Republik konnten am 20. 9. 1945 das Altai-Gebiet völlig in ihre Gewalt bringen. Inzwischen ging der Aufstand unter der Führung von Ali-Bek Rahim in der Umgebung des Manas-Bezirks, der im März 1945 begonnen hatte, weiter. Auf diese Weise entstand in Ostturkestan wiederum ein Chaos.

Die Regierung Chinas gab im September 1945 bekannt, daß sie bereit sei, das Problem Ostturkestan auf friedlichem Wege zu lösen. Der Präsident der Republik, Ali-Chan-Tura, glaubte einer solchen Erklärung der Regierung, und die Russen versuchten außerdem, zwischen den Nationalisten und der chinesischen Regierung zu vermitteln, weil sie an die Aufständischen vom Ili-Gebiet Waffen lieferten. Tura beauftragte die Turkestaner Rahimdschan, Abd-Hayir Tura und Ahmedschan Kasimi, in Urumtschi Verhandlungen über die künftige Gestaltung des Landes aufzunehmen. Die Erledigung der Verhandlungsformalitäten und die Garantie für die Sicherheit der verhandelnden Personen wurden durch die sowjetische Botschaft in China vorgenommen. Moskau zeigte ein besonderes Interesse an solchen Verhandlungen, da durch deren Waffenhilfe an die Aufständischen und die Regierung der Republik Ostturkestans zahlreiche ihrer „Berater“ in die Verwaltung der Regierung eindringen konnten. So waren bis zum Beginn der Verhandlungen in Urumtschi folgende sowjetische Beauftragte tätig: Muhsin als Berater des Staatspräsidenten, M. Gorkij als Berater des Finanzministers, Dschafer Kary als Berater beim Minister für religiöse Angelegenheiten, Abdullajew beim Minister für Bildungswesen und Ali als Berater beim Innenminister. Die Tätigkeit der sowjetischen „Berater“ innerhalb der Regierung der Republik Ostturkestans wurde durch Wladimir Stepanowitsch in Guldscha koordiniert. Außerdem gründeten die Sowjets am 12. 11. 1944 einen „Revolutions-Zentralstab“, der die antichinesische Bewegung der Turkestaner in Ili, Tarbugatay und dem

Altai-Gebiet kontrollieren, lenken und beeinflussen sollte.

Zwecks Verhandlungen mit den Vertretern der nationalen Regierung Ostturkestans in Guldscha ernannte Marschall Tschiang Kai-schek den General Dschang Dschi-dschung als Delegationsleiter. Dschang kam am 15. 5. 1945 nach Urumtschi, um mit dem Generalkonsul der SU über die Form der Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und der Regierung Ostturkestans zu beraten und kehrte anschließend nach Tschinking zurück. Am 14. 10. 1945 begannen dann zwischen den Delegationen Chinas und Ostturkestans Verhandlungen in Urumtschi. Hier stellte sich heraus, daß der Delegationsleiter der nationalen Republik Ostturkestan, Ahmedschan Kasimi, ein Agent der SU war. Er unterrichtete laufend den sowjetischen Generalkonsul über den Verlauf der Verhandlungen. Die Delegation gab bekannt, daß sie nicht nur politische Forderungen habe, sondern daß sie verlange, daß die Ili-, Altai- und Tarbugatay-Gebiete weiterhin unter dem Schutz der SU bleiben müßten.

Nach langen Verhandlungen wurde endlich am 12. 7. 1946 ein Abkommen, bestehend aus 12 Punkten, unterzeichnet. Es wurde u. a. vereinbart:

1. Die Regierung Ostturkestans soll aus 25 Personen bestehen, davon 15 Ostturkestaner und 10 Chinesen;
2. örtliche Verwaltungsstellen werden durch Personen aus der einheimischen Bevölkerung besetzt;
3. das Parlament wird aufgrund freier Wahlen zusammengesetzt;
4. alle verhafteten Personen werden freigelassen;
5. die türkische und chinesische Sprache gelten als Amtssprachen;
6. die Unterrichtssprache wird Türkisch;
7. die neue Regierung Ostturkestans wird die 12 000 Soldaten der Regierung der Republik Ostturkestans übernehmen, um sie in den Gebieten Ili, Altai und Tarbugatay einzusetzen;
8. Ostturkestan bleibt dem chinesischen Reich angeschlossen, allerdings mit besonderen Rechten in kultureller, wirtschaftlicher und innenpolitischer Hinsicht.

Im Verlauf der Regierungsbildung Ostturkestans verschwand der Präsident der Republik Ostturkestan, Ali-Chan-Tura, auf mysteriöse Weise; niemand wußte, was mit ihm geschah.

Im Juli 1946 wurde eine neue Regierung nach obenerwähnten Vereinbarungen unter der Führung des Gouverneurs U Dschung-schin gebildet. Der sowjetische Agent Ahmedschan Kasimi wurde stellvertretender Regierungschef. Unter den 25 Regierungsmitgliedern befanden sich nur 7 Personen aus den Kreisen der Nationalisten, die das Ziel verfolgten, für Ostturkestan schrittweise die Unabhängigkeit zu erlangen. Die übrigen Mitglieder waren Anhänger Chinas (allerdings in der Minderheit) oder Rußlands. Die

russischen Agenten, wie Sajfuddin Asisow, Rahimdschan Sabirow und Abdulkarim Abbasow besaßen auch in der Regierung maßgebende Stellen.

Kasimi verfolgte auf politischem Gebiet ganz offen die sowjetische Linie in Ostturkestan. Usman Batur und Ali-Bek Rahim weigerten sich jedoch, die Regierung unter U Dschung-schin und Kasimi anzuerkennen und setzten ihren Kampf gegen die Chinesen und Russen fort. Die Zentralregierung in China mußte sich deshalb zu neuen Maßnahmen entschließen. Anfang 1947 ernannte sie erstmalig drei Turkestaner: Ma'sud Sabri zum Gouverneur, Isa Jusuf Alptekin zum Generalsekretär der Regierung und Dschanim-Chan-Hadschi zum Finanzminister. Diese drei nationalistischen Turkestaner begannen nun damit, die Anhänger der Sowjets aus dem Regierungsapparat zu vertreiben. Kasimi und seine Freunde mußten ins Ili-Gebiet fliehen. Die Ernennung eines Nationalisten zum Gouverneur versetzte die Russen in Verlegenheit. Die Kommunisten versuchten nun im Ili-Gebiet selbst mit Hilfe der dortigen kommunistischen Anhänger den Kampf gegen die Chinesen zu intensivieren. Dafür nutzten sie besonders die fortschreitende kommunistische Ausbreitung im Süden Chinas aus. Im Altai-Gebiet begannen sie Wolfram- und Goldgruben mit Hilfe von Soldaten auszubeuten. Usman Batur konnte sich gegen ein solches Vorgehen der Russen nicht durchsetzen. Die russischen und mongolischen Luftwaffen-Einheiten bombardierten die aufständischen Ortschaften in Altai, die unter der Kontrolle von Usman Batur standen. Nun wandte sich Usman Batur an die Chinesen um Hilfe gegen die Russen. Am 18. 5. 1947 wurde zwischen der Regierung in Urumtschi und Usman Batur vereinbart, daß die Einheiten Usman Batur und Ali-Bek Rahims von China Waffen erhalten, um die Russen aus den Altai-, Ili- und Tarbugatay-Gebieten zu vertreiben. Doch die chinesischen Waffenlieferungen und die Bemühungen Usman Batur und Ali-Bek Rahims zur Austreibung der Russen blieben unwirksam, nachdem die chinesische Regierung selbst im Kampf gegen die eigenen Kommunisten in eine aussichtslose Lage geraten war. Auch in Ostturkestan konnten die Kommunisten großen Einfluß gewinnen. So war hier die „Union zur Verteidigung des Friedens und der Demokratie“ seit Januar 1948 aktiv tätig. Andererseits hegte die chinesische Regierung die Befürchtung, daß der mächtige neue Gouverneur Sabri schrittweise Ostturkestan von China loslösen wolle. Am 1. 1. 1949 wurde er abgesetzt. Den Botschafter-Posten im Iran, der ihm gleichzeitig angeboten wurde, lehnte er jedoch ab. An seiner Stelle wurde Burhan Schahidi, der sowjetischer Staatsangehöriger war und bisher nur als Koordinator der sowjetischen Propaganda in Ostturkestan illegal arbeitete, ernannt. Der chinesische General Dschang wurde Generalsekretär und der Turkestaner Muhammed Emin Bugra stellvertretender Gouverneur. Schahidi begann nun eine Doppelpolitik zu betreiben, indem er die Chinesen einerseits zu beruhigen suchte, andererseits aber den Russen durch das sowje-

tische Generalkonsulat in Urumtschi Informationen über die Entwicklung in Ostturkestan lieferte.

Nachdem Schahidi Gouverneur geworden war, versuchten die Sowjets ihre Wirtschaftsinteressen in Ostturkestan durch ein Abkommen zu legalisieren. Am 10. 2. 1949 begannen in Urumtschi zwischen sowjetischen Vertretern und der chinesischen Regierung Wirtschaftsverhandlungen. Die Sowjets forderten:

1. Die Handelsvertreter haben das Recht, mit privaten Kaufleuten frei zu verhandeln;
2. die Zollgebühren werden mit den inneren Handelssteuern gleichgesetzt;
3. die Handelsleute aus Ostturkestan sind berechtigt, direkt mit den sowjetischen Handelsagenturen zu verhandeln;
4. der Handelsvertrag soll für 3 Jahre abgeschlossen werden.

Ferner wurde ein Abkommen zur Gewinnung von Erdöl- und Bodenschätzen für die Dauer von 50 Jahren gewünscht. Außerdem wurde ein Abkommen über den Luftverkehr zwischen Alma-Ata — Urumtschi — Kumul (Hami) und Nanking vorgelegt. Die Russen blieben sehr hartnäckig, doch wurde am 12. 4. 1949 nur das Abkommen über den Luftverkehr unterzeichnet, während die anderen Fragen weiter verhandelt wurden. Am 10. 6. 1949 mußten die Verhand-

lungen ohne weiteres Ergebnis abgebrochen werden. Zugleich näherte sich auch das Ende der national-chinesischen Herrschaft in Ostturkestan. Am 10. 8. 1949 übergab der sowjetische Generalkonsul in Urumtschi, Alexander Sewilow, dem Kommandeur der national-chinesischen Truppen in Ostturkestan, Tao Si-ju, ein Ultimatum des Kommandeurs der kommunistischen Truppen von Nordwest-China, Pin Ti-hua, in dem er aufgefordert wurde, die Militärgewalt ihm zu übergeben. Am 26. 9. 1949 gaben der Gouverneur Burchan Schahidi und der Kommandeur Tao bekannt, daß sie die Kapitulationsurkunde unterzeichnet haben. Die maßgebenden Anhänger der Sowjets im Ili-Gebiet, wie Ahmedschan Kasimi, Isak-Bek, Abdulkarim Abbasow und Deli-Chan, die schon jahrelang für die Sowjets arbeiteten, weigerten sich, die Herrschaft der chinesischen Kommunisten in Ostturkestan anzuerkennen. Sie wurden am 15. 8. 1949 nach Alma-Ata geholt, und Radio Moskau und Peking gaben am 17. August bekannt, daß sich diese Personen auf dem Flug nach Peking befunden hätten, um Mao Tse-tung zur Machtübernahme zu gratulieren, doch sei ihr Flugzeug abgestürzt, wobei sie den Tod gefunden hätten. Am 29. 9. 1949 übernahmen die Kommunisten in Urumtschi die Regierungsgewalt, und Burchan Schahidi wurde am 17. 12. 1949 als Gouverneur der Kommunisten bestätigt.

5. Einheit und Vielfalt des Kommunismus in Ostturkestan

Nachdem die Kommunisten die Macht übernommen hatten, stellte sich heraus, daß die National-Chinesen nicht gewillt waren, in Ostturkestan gegen den Kommunismus zu kämpfen. Der Kampf gegen den Kommunismus wurde somit zum tragischen Schicksal der Turkestaner selbst. Usman Batur setzte seinen Widerstand, diesmal gegen den chinesischen und russischen Kommunismus fort. Ihm schlossen sich ein Teil der Soldaten des Generals Ma Bu-fang, der gegen die kommunistischen Truppen in Ostturkestan operierte, an. Usman Batur fand eine Anzahl Kampfgefährten, von denen einige genannt seien: Scharif-Chan, Leiter der Kasachen in Kumul (Hami); General Jolbars, Gouverneur der Stadt Kumul; Dschanim-Chan-Hadschi, ehemaliger Finanzminister der Ostturkestanischen Republik; Oras-Bay aus Urumtschi; Arif Rahman aus dem Ili-Gebiet; Ali-Bek Rahim aus der Umgebung von Karaschahar u. a. Der Kampf zwischen den Kommunisten und Nationalisten wurde von beiden Seiten rücksichtslos geführt, wobei viel Blut floß. Die Kommunisten waren jedoch die Überlegenen, da sie keine Sorgen um Waffen, Lebensmittel und Bekleidung zu tragen brauchten. Die Nationalisten litten großen Mangel: Sie hatten weder reichliche Nahrung noch moderne Waffen. Die Widerstandskämpfer versuchten noch in den Jahren 1947 bis 1949 durch das amerikanische Konsulat in Urumtschi Hilfe aus Amerika zu bekommen. Ihre Bemühungen waren jedoch vergeblich. Die Widerstandskämp-

fer mußten sich auf ihre eigenen Kräfte verlassen und den Kampf allein weiterführen.

Einer der maßgebendsten Führer des Widerstandes, Dschanim-Chan-Hadschi, wurde am 12. 12. 1950 gefangengenommen und nach Urumtschi gebracht. Sein Gesicht wurde schwarz gefärbt, seine Hände und Füße wurden in Ketten gelegt, und um seinen Hals hing man ein Schild mit der Aufschrift: „Verräter, der gegen den Kommunismus kämpfte“, und so wurde er auf die Straße geführt. Am 4. 4. 1951 wurde er hingerichtet.

Der einflußreichste und gefürchtetste Führer der Freiheitskämpfer, Usman Batur, wurde von den Kommunisten nach der Schlacht bei Kansu am 6. 2. 1951 gefangengenommen und am 29. 4. 1951 in Urumtschi aufgehängt.

Bevor Usman Batur gefangengenommen wurde, gaben ihm seine Freunde zu bedenken, daß der Kampf gegen die Kommunisten keine Aussicht auf Erfolg mehr habe. Er lehnte es jedoch ab, ins Ausland zu gehen. Er sagte: „Ich will dieses Land nicht verlassen.“ Er war eigenwillig und glaubte an den Erfolg seines Kampfes, doch er half allen, die das Land verlassen wollten, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Die Kommunisten konnten bis Ende 1951 fast alle Aufstände niederschlagen. Um die kommunistische Herrschaft zu sichern, wurden in jedem Ort militärische Kontroll-Komitees gebildet. Die kommunistischen Machthaber in Urumtschi ga-

ben bekannt, daß bis Ende April 1951 72 705 Personen zum Tode verurteilt wurden, die in Sinkiang gegen die Kommunisten kämpften. Unter ihnen befanden sich 93 maßgebende nationale antikommunistische Führer Ostturkestans, u. a. der erste Gouverneur Ma'sud Sabri. Allein in der Stadt Kaschgar wurden bis zum 1. 9. 1950 15 000 Ostturkestaner verhaftet und mehr als 5000 erschossen.

Der Terror führte zu einer Massenflucht aus Turkestan. Seit der Machtübernahme der Kommunisten flüchteten mehr als 150 000 Ostturkestaner aus ihrer Heimat. Viele wurden auf der Flucht vom kommunistischen Militär erschossen, viele starben auf dem Wege nach Indien in der Steppe oder im Gebirge wegen Hunger, Wassermangel oder Erschöpfung. Es liegt nun auch ein schriftliches Dokument über jene dramatischen Ereignisse in Ostturkestan und die Grausamkeit der Flucht vor. Diese Schrift von Hasan Oraltay, die unter dem Titel „Die Kasach-Türken Ostturkestans auf dem Wege der Freiheit“ (Türkisch: Izmir 1961) erschienen ist, ist frei von jeglicher Sentimentalität und gibt die Ereignisse ganz nüchtern so wieder, wie sie wirklich gewesen sind. Der Verfasser, ein Sohn des Freiheitskämpfers Ali-Bek Rahims, der diesen Kampf selbst miterlebte, versucht mit dieser Schrift, für die Tragödie Ostturkestans beim Leser Mitgefühl zu erwecken. Jeder, der das harte Schicksal der Flucht aus der Heimat auf sich zu nehmen hatte, wird verstehen, daß solch ein ungefärbter Tatsachen-Bericht viel wirkungsvoller ist als irgendeine Nachdichtung dieses schrecklichen Lebensdramas eines Volkes.

Nachdem die Kommunisten durch Terror ihre Herrschaft in Ostturkestan behaupten konnten, mußten sie weitere Maßnahmen treffen, um diese auch für die Zukunft zu festigen. Die früheren sowjetischen Wirtschaftsinteressen wurden wieder sehr deutlich. Ihre Bestrebungen gingen schon seit Jahren dahin, das Erdöl und die Bodenschätze Ostturkestans mit auszunutzen. Nun wurden alte Vertrags-Entwürfe vom 26. 11. 1940 und Januar 1949 wieder zur Verhandlungsgrundlage zwischen den Sowjets und der kommunistischen Führung Chinas.

Am 27. 3. 1950 wurde in Moskau zwischen China und der SU ein Abkommen zur Bildung zweier Aktien-Gesellschaften unterzeichnet, und zwar einmal für Erdöl und einmal für Buntmetalle. Das Bestehen der Gesellschaften war für 30 Jahre vorgesehen.

Auf Grund dieses Abkommens begannen die Sowjets und die Chinesen, Erdöl und Buntmetalle Ostturkestans auszubeuten. Beide Seiten arbeiteten intensiv an diesen Bestrebungen. Mit gemeinsamen Kräften wurden auch im Jahre 1954 Bohrungen in den Karamay-Ölfeldern vorgenommen, die dazu beitragen sollten, den Erdölbedarf Chinas voll zu befriedigen. Es schien so, als ob die Chinesen und Russen in der Frage der Ausbeutung der Bodenschätze Ostturkestans völlig einig wären, doch wurden den beiden Gesellschaften am 12. 10. 1954 von beiden Seiten gekündigt. Die sowjetischen Fachleute und das

Verwaltungspersonal mußten sich zurückziehen. Dieser Verzicht auf die Ausbeutung der Bodenschätze bedeutete keinen Verzicht der Sowjets auf ihre militärische Stellung. Die sowjetischen Truppen haben ihre Position in den Gebieten Altai, Ili und Tarbugatay bis zur Gegenwart gehalten.

Ostturkestan gehört zwar nominell zu China, wird aber von Vertrauensleuten der Sowjets verwaltet, die zum größten Teil aus Westturkestan stammen. So ist z. B. der KP-Chef in Ostturkestan, Sajfuddin Asisow, nichts anderes als ein sowjetischer Gefolgsmann aus Westturkestan. Fast alle Posten des Sicherheitsdienstes wurden mit „Sowjetmenschen“ besetzt. Die kommunistischen Chinesen verdanken im übrigen die Entstehung ihres Sicherheitsdienstsystems in Ostturkestan lediglich den Sowjets, die hier seit 1933 große Erfahrung auf diesem Gebiet sammeln konnten.

Im Schulunterricht setzten sich sowjetische Unterrichtsfächer und Lehrbücher durch. Die meisten Schulbücher stammen aus Westturkestan. Auf die Behandlung der Entwicklungsgeschichte der SU wird mehr Wert gelegt als auf die Chinas.

Im Jahre 1957 stellte eine Kommission des Unterrichtsministeriums aus Peking fest, daß in den Schulen mehr Bilder von Lenin und Stalin als von Mao Tse-tung hängen, und daß den Kindern der Ausruf „Es lebe die Sowjetunion“ zur Gewohnheit geworden war.

Während der chinesische Rundfunksender Urumtschi nur sehr wenig in türkischer Sprache sendete, strahlten die Sowjets täglich mehrere Stunden aus Frunse, Alma-Ata und Taschkent nach Ostturkestan aus. Die Rundfunksendungen und die propagandistischen Schriften der SU haben nur das eine Ziel, die Sympathie der Bevölkerung Ostturkestans zu gewinnen.

Im Jahre 1954 wurde an Stelle der arabischen Schrift die kyrillische Schrift eingeführt, doch ist der völlige Übergang zu dieser Schrift bis jetzt noch nicht vollzogen.

Obwohl die Chinesen sehr oft mit dem Vorgehen der Sowjets in Ostturkestan nicht einverstanden waren, was sich besonders in der Frage der sowjetisch-ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung bemerkbar machte, bemühten sich beide kommunistischen Mächte, eine Basis für gemeinsames Handeln zu schaffen. So wurde z. B. am 12. 10. 1954 das Abkommen zum Bau der Lantschow-Urumtschi-Alma-Ata-Bahn unterzeichnet. Diese Bahn sollte als „Stahlweg des Kommunismus“ auf dem kürzesten Wege China mit Europa und Rußland mit der Ostküste Chinas verbinden. Dieses Projekt bezeichnete man auch als „Weg der ewigen Freundschaft“. Die Sowjets haben Ende 1960 ihren Abschnitt der geplanten Bahn von Aktogai (an der Turkestan-Sibirischen Bahn) bis an die Grenze Chinas (Dschungarische Pforte) fertiggestellt, während die Chinesen dagegen ihren Abschnitt nur bis zum Bezirk Urumtschi ausbauen konnten. Die Bahn sollte ursprünglich bereits im Jahre 1959 in Betrieb genommen

werden. Die Chinesen waren im Gegensatz zu den Russen anfangs mit viel Energie an das Projekt herangegangen, doch sollte sich im Laufe der Zeit das Verhältnis umkehren.

Bekanntlich hat die chinesisch-sowjetische Grenze in Ostturkestan eine Länge von mehr als 2600 km. Es ist erstaunlich zu beobachten, mit welcher Intensität beide Mächte bemüht sind, ihre Grenzgebiete zu befestigen. Aus diesem Grunde setzen sich beide Staaten für eine schnellere Kolonisation des turkestanischen Raumes ein. Die Sowjets verschicken bereits seit 1953 ständig Kolonisten nach Westturkestan, so daß an den sowjetischen Grenzgebieten die Russen bereits die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Außerdem befinden sich dort auch demobilisierte Soldaten.

Aber auch die Chinesen bemühen sich mit allen Mitteln Ostturkestan zu kolonisieren. So ist geplant, nach den nordöstlichen Gebieten Chinas, darunter Ostturkestan, so bald wie möglich 90 Millionen Chinesen umzusiedeln. Unter den bereits umgesiedelten Chinesen befinden sich zahlreiche Soldaten, die als „Wehrbauern“ an der westlichen Grenze eingesetzt sind. Mitten im chinesischen Hoheitsgebiet wie Ili, Altai und Tarbugatay sind sowjetische Streitkräfte stationiert, die wiederum von chinesischen Truppen bewacht werden. Die Sowjets behaupteten, daß sie aus diesem Gebiet ihre Truppen aus Sicherheitsgründen für die Volksrepublik Mongolei nicht zurückziehen können. Einen freien Grenzverkehr gibt es nicht mehr, sondern die Grenze steht auf beiden Seiten unter strengster Kontrolle; und von beiden Seiten wird erhöhte Wachsamkeit empfohlen.

Vor kurzem wurde das Gerücht laut, daß auch die Chinesen in den Grenzgebieten rege mit dem Bau von Stellungen beschäftigt sind, nachdem die SU ihre Grenzen schon vor Ausbreitung des Kommunismus in China befestigt hatte.

Es steht fest, daß der Kommunismus in Ostturkestan in ideologischer Hinsicht als Einheit, doch in machtpolitischer Hinsicht als Vielheit erscheint. Obwohl sich beide Mächte in der Verbreitung der Lehre des Marxismus-Leninismus in Ostturkestan einig sind, besteht doch in der Frage der Machtausdehnung Uneinigkeit. Keiner möchte den anderen als Alleinherrscher in Ostturkestan anerkennen.

Abgesehen davon macht aber die Ausbreitung des kommunistischen Systems in Ostturkestan zur Zeit große Fortschritte. Um der Bevölkerung den Kommunismus „verständlich“ zu machen, wurde zunächst besonderer Wert auf die Ausbildung von einheimischen Funktionären gelegt. Im Jahre 1954 wurde in Urumtschi ein „Institut für Nationale Minderheiten“ gegründet, in dem 860 Studenten studieren. Von den 30 500 Funktionären der Staatsverwaltung in der Bezirksebene waren 50,7 % Einheimische. Im Jahre 1952 waren von den Funktionären der KPCh in Ostturkestan 22,3 % Einheimische. 1957 befanden sich 61 700 einheimische Funktionäre in der Verwaltung, die 54 % der gesamten Funktionäre ausmachten. Die KPCh be-

mühte sich, aus den Reihen der Turkestaner eine Anzahl von Mitgliedern anzuwerben. 1957 gab es in Ostturkestan bereits mehr als 92 000 Kommunisten, wovon 44 000 Einheimische waren. Gegenwärtig erscheinen dort 44 Zeitungen, die nichts anderes als kommunistische Gedanken und Maßnahmen verbreiten.

Durch radikale Maßnahmen wurden die Bauern kollektiviert. Ende 1957 wurden 95,9% (834 571 Bauernfamilien) in die 10 781 landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften eingegliedert. 1960 wurden 532 Genossenschaften an die 532 Volkskommunen angegliedert. Außerdem organisierte man 74 Staatsgüter und im Jahre 1961 (Rundfunkmeldung vom 10. 11. 1961 aus Urumtschi) 146 Armeegüter, auf denen nur Soldaten 1,6 Mill. ha Land bearbeiten. Mit ihrer Hilfe wurden in der Zeit von 1950 bis 1961 ca. 2 Mill. ha Land urbar gemacht. Hier übernahm der Staat (mit Militär) die Rolle einer modernen Feudalherrschaft. Ferner wurden bis 1956 an Stelle des Privathandels 23 875 staatliche Handelsunternehmungen organisiert, wodurch 95,64% des gesamten Handels monopolisiert wurde.

Die Chinesen führten in Ostturkestan eine eigenartige Nationalitätenpolitik durch. Sie „entdeckten“ hier 13 „Nationen“. Diese wurden in 10 autonome Bezirke aufgeteilt. Auf diese Weise wurde das Land zerstückelt. Damit verwirklichten die Kommunisten den Plan des Gouverneurs Scheng von 1935, der durch die Trennung der Volksstämme in Ostturkestan (Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Mongolen usw.) die Herrschaft Chinas sichern wollte, aber diese damals nicht durchsetzen konnte. Durch eine derartige Teilungs- und Autonomie-Politik beabsichtigte die Volksrepublik China, die Einheit des chinesischen Reiches aufrechtzuerhalten. Die Sowjets und Chinesen sind sich einig, daß in der Nationalitätenpolitik Chinas und der SU eine Gleichheit in den Fragen der Ausdehnung des Diktatur-Proletariats, der Liquidierung von privatem Eigentum und der Heranziehung von Einheimischen in die Staats- und Parteiapparatur bestehen muß. Beide Teile betrachten ihre Nationalitätenpolitik als fortschrittlich und elastisch. Die Chinesen behaupten, daß Autonomie innerhalb eines Staates der beste Weg für die Nationen sei, während die Russen auf dem Standpunkt stehen, daß sich der sowjetische Föderalismus nicht nur auf das territorial-administrative Recht bezieht, sondern auch ein politisches Recht der Völker in sich trage.

Abgesehen von den unterschiedlichen Meinungen steht es fest, daß beide Teile Turkestans (West- und Ostturkestan) keinerlei nationales Entscheidungsrecht durch den Kommunismus erhalten haben. Unter kommunistischer Herrschaft hat Ostturkestan lediglich eine Änderung in der Verwaltungsstruktur erfahren. Es wird verwaltet durch eine Anzahl von Volksvertretern (Schein-Parlament), ein Volkskomitee (Regie-

rung) und 15 Departments (Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Kultur, Volksbildung, Innere Angelegenheiten, Sicherheit, Justiz, Staatskontrolle, Finanz, Lebensmittelbeschaffung, Industrie, Innen- und Außenhandel, Irrigation, Viehzucht und Waldwirtschaft), 10 Verwaltungsämter, 4 Komitees sowie 3 Abteilungen (Äußere Angelegenheiten, Religiöse Angelegenheiten und Rundfunk).

Die kommunistische Partei sowie der chinesische Staat wurden trotz allem mit dem Problem der Einstellung der Turkestaner zu der Nationalitätenpolitik nicht fertig. Die Nationalisten traten für eine Autonomie ein und lehnten die Führung Chinas ab. Sie bestanden darauf, daß die Führung einer autonomen Regierung auch die Verantwortung für staatspolitische Entscheidungen tragen müsse und lehnten die Hinzuziehung der Chinesen zur Verwaltung ab. Aus diesem Grunde mußten die Chinesen ständig gegen die Erscheinungen des Nationalismus kämpfen. Der Vorsitzende der KP Sinkiangs, Sajfuddin Asisow, hielt deshalb im Dezember 1957 und im April 1958 vor der Parteiversammlung einen Vortrag mit dem Thema: „Wir müssen entscheidend gegen den lokalen Nationalismus kämpfen.“

Die kommunistische Führung Chinas beklagte sich darüber, daß viele Funktionäre der KP in Ostturkestan (die nun Nationalisten genannt wurden) forderten, daß der gesamte Regierungsapparat nationalisiert, d. h. durch Einheimische besetzt werden müsse. Sie beanstandeten die zu hohe Zahl des Han(Chinesen)-Kader in Sinkiang, traten für eine Unabhängigkeit ein und wandten sich somit gegen den Kommunismus. Die lokalen Nationalisten traten für eine Unabhängigkeit Sinkiangs ein und behaupteten, darin von der SU zu lernen. Einige dieser lokalen Nationalisten stellten die konterrevolutionären Erhebungen als Erhebungen des Volkes dar und erklärten, daß man sie nicht als Konterrevolutionäre betrachten könne. Sie stellten die Religion (Islam) über alles.

Unter dem Vorwand, daß der lokale Nationalismus als Folge der Einwirkung des Groß-Hanismus (Chinesentum) entstanden sei, waren sie dauernd damit beschäftigt, gegen die Partei zu opponieren und das Hanvolk (Chinesen) vom politischen Geschehen (Ostturkestans) auszuschließen. Sie waren gegen eine Assimilation.

Als die Chinesen sich gegenüber der revolutionären Erhebung der Ungarn im Oktober 1956 gleichgültig zeigten und dazu neigten, die sowjetrussische Politik zu verurteilen, zettelten die Sowjets im Ili- und Altai-Gebiet Unruhen an und ließen die dortigen einheimischen Funktionäre sich für eine Unabhängigkeitsbestrebung einsetzen. Die Chinesen waren nun gezwungen, mit den Russen zu verhandeln, und schließlich schwiegen die Sowjets über die Unabhängigkeitsbewegung in Ostturkestan und die Chi-

nesen über die Revolution in Ungarn. Am 27. 12. 1957, an dem Tag, an dem sich Vertreter der afro-asiatischen Völker zu einer Solidaritäts-Konferenz in Kairo versammelten, mußte Radio Peking melden: „Die nationalistisch reaktionären Elemente versuchen, Sinkiang aus der staatlichen Gemeinschaft der chinesischen Volksrepublik herauszulösen.“ Derartige Loslösungsversuche kamen diesmal ohne Wissen sowohl der SU als auch der Volksrepublik China zustande.

Anfang März 1959 wurden schließlich 378 einheimische Funktionäre verhaftet, weil sie versucht hatten, Ostturkestan zu einer unabhängigen Republik zu machen. Mitte 1960 wurden mehr als 500 islamische Geistliche an Händen und Füßen zusammengekettet durch die Straßen von Urumtschi geführt, weil sie gegen die Politik der Volkskommune aufgetreten waren. In dieser Form gehen die Auseinandersetzungen zwischen Turkestanern und Chinesen erneut weiter.

Es scheint, daß die SU bei ihrer China-Politik beabsichtigt, die ostturkestanischen kommunistischen Funktionäre, die mehr Sympathie zur SU zeigen, auch künftig für ihre eigene Zielsetzung zu verwenden. So hört man immer wieder ähnliche Aussprüche aus dem Munde sowjetischer Anhänger wie denjenigen Sajfuddin Asisows: „Die Völker Sinkiangs können niemals die uneigennützigste Hilfe der SU vergessen. Immer, wenn sie in diesem Land auf die Erdölindustrie, Bergwerke für Buntmetalle, Elektrostationen und Autoreparaturwerkstätten blicken, die durch Unterstützung der SU entstanden sind, müssen sie ihr gegenüber ihre Dankbarkeit erweisen.“ In nicht so übertriebener Weise, sondern in etwas bescheidener Form, hört man auch derartige Lobgesänge auf China.

Während die SU Ostturkestan zur Ausgangsbasis in China gemacht hat, ohne es der SU einzugliedern, betrachtet die Volksrepublik China Ostturkestan als Bestandteil ihres Landes. Die Nationalchinesen in Formosa sind bemüht, für alle Mißstände in Ostturkestan die Sowjets verantwortlich zu machen und weigern sich, Ostturkestan die nationale Freiheit zuzugestehen. Somit versuchen alle gegnerischen Parteien, aus Ostturkestan ihre Vorteile zu ziehen. Dabei hat das Volk Ostturkestans einen Weg der Tragödie beschritten, ohne in der Lage zu sein, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zu lenken.

Anmerkung:

Baymirza Hayit, Dr. phil., geb. 17. 12. 1917 in Namangan/Turkestan, Studium an der Hochschule in Taschkent, Historische Fakultät, während des Krieges Hauptmann in der turkestanischen Legion, 1949 Promotion an der Universität Münster/Westf., Forschungsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Leiter des Arbeitskreises für Orientfragen beim Forschungsdienst Osteuropa.

Quellennachweis

- Allen, S., Whiting and Sheng-Shih-ts'ai, Sinkiang: Pawn or Pivot? Michigan State University Press 1958, XXII u. 314 Seiten.
- Alptekin, Isa Yusuf, Dogu Türkistanda Rus mezalimi (Russisches Joch in Ostturkestan), in der Zeitung „Kudrat“, Istanbul vom 12. 2. 1952.
- „Iron Curtain“ over Eastern Turkestan. Lahore 1952, 26 Seiten.
- Schari Türkistanda ksyil terror davam etdirilmakda (In Ostturkestan geht der rote Terror weiter), in der Zeitschrift „Millij Türkistan“, Genf — Düsseldorf, 1951, Nr. 75, S. 6—9.
- Schari Türkistan habarlari (Mitteilungen aus Ostturkestan) in „Millij Türkistan“, 1953, Nr. 84, S. 27—30.
- Babakurban, Ziyauddin, Schari Türkistan dschumhuriyetinin yildönümü (Jahrestag der Republik Ostturkestans), in der Zeitung „Fetih“, Istanbul, vom 12. 11. 1958.
- Tschin Türkistani ve devasi (Chinesisch-Turkestan und seine Probleme), in „Fetih“, vom 27. Juni, 4., 13., 25. Juli u. 8. August 1958.
- Türkistanin istilasi ve Tschin-Rus taaruzlari (Eroberung Turkestans und die chinesisch-russischen Gegensätze), in der Zeitung „Yeni Istiklal“, Istanbul, vom 20. 9. 1961.
- Bugra, Muhammed Emin, Dogu Türkistan. Tarihi, Dschografi ve schimdiki durumu (Ostturkestan. Seine Geschichte, Geographie und gegenwärtige Lage), Istanbul 1952, 96 Seiten.
- Muslims under Russian and Chinese Domination, Karachi, 1958, 32 Seiten.
- Schari Türkistan tarihi (Geschichte Ostturkestans), Srinagar/Kaschmir 1940, 502 Seiten.
- Unknown political features on Tibet and Eastern Turkestan, Ankara 1959, 16 Seiten.
- Chiang-Kai-shek, Soviet Russia in China, New York 1957.
- Cleinow, Georg / Olzsha, Reiner, Turkestan, Leipzig 1942, 2. Aufl., S. 103—137.
- Chu Chia-hua, Dr., Taiwan and Sinkiang, Taipei/Formosa, 1954, S. 18—55.
- Fehlinger, H., Die politische Entwicklung in Ostturkestan in den letzten 60 Jahren, in der Zeitschrift „Der Neue Orient“, Berlin 1920, Band VII, Nr. 5/6, S. 184.
- Gürel, Nail, Hür dunyanin ilgisizligi Dogu Türkistani nihayet tschirililere esir etti (Die Gleichgültigkeit der freien Welt machte Ostturkestan schließlich zum Gefangenen der Chinesen), in der Zeitung „Akscham“, Istanbul, vom 21. 7. 1959, S. 2.
- Hayit, Baymirza, Sowjetisierung Ostturkestans, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Nr. XXVII, v. 6. 7. 1955.
- Turkestan in der sowjetischen Außenpolitik, in „Osteuropa“, Heft 10, 1960, S. 677—679.
- Jartschek (= Hayit, B.), Schari Türkistan va Rusija (Ostturkestan und Rußland), in „Millij Türkistan“, 1950, Nr. 68, S. 23—27.
- Jurttschi (= Kajum-Chan), Veli, Schari Türkistan (Ostturkestan), in „Millij Türkistan“, 1950, Nr. 66, S. 3—15.
- Kotow, Konstantin Flegontowitsch, Mestnaja nacional'naja awtonomija v Kitajskoj Narodnoj Respublike. Na primere Sintzjan-Ujgurskoj awtonomnoj oblasti (Örtliche nationale Autonomie in der chinesischen Volksrepublik Am Beispiel der Sinkiang-Uigurischen autonomen Region), Moskau 1959, 196 Seiten.
- Lattimore, Owen, Pivot of Asia. Sinkiang, the Inner Asia frontiers. Baston 1950.
- Lias, Godfrey, Freiheitskampf der Nomadenstämme in Sinkiang, in „Neue Zürcher Zeitung“, vom 17. 2. u. 20. 2. 1955.
- Li Chang, Modellfall Sinkiang, in „Ost-Probleme“, 6. Jhrg., 1954, Nr. 20, S. 799—807.
- Kazak, Fuad, Ostturkestan zwischen den Großmächten, Königsberg 1937.
- Mende, Tibor, Il selvaggio Sinkiang si trasforma in officina, in „Corriere Della Sera“, vom 28. 8. 1959, S. 5.
- Cio che avviene nel Sinkiang potra avere enormi conseguenze, in „Corriere Della Sera“, vom 30. 8. 1959, S. 7.
- Ob utschreshdenii dwuch sowjetsko-kitajskich aktionerich obschtschestw (Über die Bildung von zwei sowjetisch-chinesischen Aktiengesellschaften), in „Prawda“, vom 29. 3. 1959.
- Oraltay, Hasan, Hürriyet ugrunda Dogu Türkistan Kazak-Türkleri (Die Kasach-Türken Ostturkestans auf dem Wege zur Freiheit), Izmir 1961.
- Ostturkestan, Sonderbericht des Fernost-Informations-Dienstes, Manuskript, Nr. 1 u. 2, Salzburg 1960 u. 1961, 20 Seiten.
- Oren, M. Metin, Schari Türkistan katliami (Volksmord in Ostturkestan), in der Zeitung „Bugün“, Adana/Türkei, vom 14. 3. bis 20. 4. 1959 (20 Serienaufsätze).
- Ruhi, Ujgur, Dogu Türkistan ve Tschin tarihinde bir mühim nokta (Ein wichtiges Moment in der Geschichte Ostturkestans und Chinas), in der Zeitschrift „Türkistan“, Istanbul, 1. Jhrg., Nr. 2, 1953, S. 25—27.
- Die Stellung Ostturkestans (Sinkiang) in der Chinesischen Volksrepublik. Vorläufiger Wissenschaftlicher Untersuchungsbericht, Archiv des Forschungsdienst Osteuropa, Düsseldorf, August 1956, 30 Seiten Manuskript.
- Schari Türkistan dschumhuriyetinin kanun asasi (Verfassung der Republik Ostturkestan), in der Zeitschrift „Yasch Türkistan“, Paris — Berlin, 1934, Nr. 53, S. 31—36, Nr. 54, S. 32—35, Nr. 55, S. 29—32. (Die Verfassung wurde am 3. 12. 1933 angenommen.)
- Schari Türkistan millij fadschi'asiga a'id qarar (Beschluss anlässlich der nationalen Tragödie Ostturkestans), in „Yasch Türkistan“, 1935, Nr. 71, S. 19—27.
- Tangri-Berdi, Ostturkestan, in „Osteuropa“, Jhrg. 9, 1933—1934, S. 411—417.
- Temir, U. F., Das Vordringen des Sowjetimperialis mus in Ostturkestan, in „Osteuropa“, Jhrg. 12, 1936—1937, S. 180—190.
- Tichonow, D. I., Wostanie 1864 goda v wostotschnom Turkestane (Aufstand vom Jahre 1864 in Ostturkestan), in der Zeitschrift „Sowjetskoe Wostokowedenie“, Moskau 1948, Band V, S. 155—172.
- Charakter narodno-oswoboditel'nych dwishenii v Sintzjane v XIX veka i perwoj treti XX veka (Charakter der Volksbefreiungs-Bewegungen in Sinkiang im XIX. Jahrhundert und im ersten Viertel des XX. Jahrhunderts), in „Sowjetskoe Wostokowedenie“, Band VI, S. 336—347.
- Sinkiang, A struggle for power in Sinkiang, in „National Press Digest“, Djakarta/Indonesien, vom 9. 8. 1959, S. 3.
- Sinkiang, Die nationale Bewegung in Sinkiang, Manuskript, Archiv des Forschungsdienst Osteuropa, Düsseldorf, vom 6. 11. 1958, 6 Seiten.
- Wolf, Wolfram, Mittelasien im Aufbruch. Eine Studie über Sinkiang, das „vergessene Land“ im Herzen Asiens, in „Tarantel Press“, Berlin, vom 2. 3. 1959, 7 Seiten u. eine Karte

Zeitungen:

- „Drushba“, Peking, vom 13. 10. 1956, S. 2.
- „Kasachstanskaja Prawda“, Alma-Ata, vom 19. 12. 1956, S. 3.
- „Turkmenskaja Iskra“, Aschhabad, vom 22. 12. 1956, S. 3.
- „Prawda Wosteka“, Taschkent, vom 27. 11. 1956, S. 3.
- „Sowjetskaja Kirgisija“, Frunse, vom 18. 11. 1954, S. 3.
- „Kommunist Taschikistana“, Duschanbe, vom 13. 10. 1954.

Nicht alle hier angeführten Schriften erheben Anspruch auf Sachlichkeit. Einige tragen zur allgemeinen Orientierung bei, während andere wertvolle Kenntnisse über Ostturkestan vermitteln.

Nachforderungen der Bellagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,- pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Karl Dietrich Bracher: „Plebiszit und Machtergreifung“

C. V. Gross: „Volksfrontpolitik
in den dreißiger Jahren“

Romano Guardini: „Der Glaube in unserer Zeit“

Harald v. Koenigswald: „Aus dem Tagebuch Birger Forells“

Hans Kohn: „Wege und Irrwege. Vom Geist des
deutschen Bürgertums“

Wolfgang Leonhard: „Die zukünftige kommunistische
Gesellschaft“

Wolfgang Mitter: „Gesichtspunkte zur Didaktik und
Methodik der Behandlung von Ost-
fragen“

Klaus Scholder: „Ideologie und Politik“

Egmont Zechlin: „Friedensbestrebungen und
Revolutionierungsversuche“
(IV. Teil)
